



Zu Punkt **9.5** der Tagesordnung

<b>Geschäftliche Mitteilung</b>			<b>Drucksache</b> <b>0047/2015</b>
			<b>Einbringung</b> 22.01.2015
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Federführung</b>	
Ö 05.02.2015	Bauausschuss	Tiefbauamt, 66.0	
<b>Betreff:</b> Grundhafter Ausbau der Straße Ellerbeker Weg zwischen Weinberg und Tröndelweg nach Maßnahmen der Stadtentwässerung sowie der Ver- und Entsorgungsträger; hier: Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens			

### I. Derzeitiger Sachstand

Mit Fertigstellung der Maßnahme der Stadtwerke Kiel und der Stadtentwässerung der Landeshauptstadt Kiel im Ellerbeker Weg zwischen Weinberg und Tröndelweg erfolgte eine technische Wiederherstellung der alten Fahrbahnoberfläche. Die Wiederherstellung der Oberfläche hatte zum Ziel, dass die Kreisstraße (K 1) nach monatelanger Sperrung wieder dem Verkehr gefahrlos übergeben werden konnte. Der Anschluss von wiederhergestellten Fahrbahnaufbrüchen an alte Flächen erfolgte nach dem aktuellen Stand der Technik. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Zwischenzustand im Ellerbeker Weg, nach Beendigung der Maßnahmen der Stadtentwässerung sowie der Ver- und Entsorgungsträger, die Zeit bis zum in der Planung befindlichen grundhaften Ausbau der Straße in einem gebrauchstauglichen und verkehrssicheren Zustand überstehen wird.

Die vorhandene Fahrbahnbreite mit dem vorhandenen Lichtraumprofil ist für den maßgebenden Begegnungsverkehr Bus/Bus und Bus/Lkw nur eingeschränkt nutzbar. Die Bushaltestellen sind nicht barrierefrei. Ein grundhafter Ausbau der Straße ist daher seit geraumer Zeit erforderlich.

Der Straßenzug ist ein wichtiger Teil der Velorouten 8 und 11 (Stadttrandtangente). In einer Dringlichkeitsliste für erforderliche Baumaßnahmen zum Veloroutenplan ist die Veloroute 8 seit langer Zeit aufgeführt.

Der Ellerbeker Weg weist darüber hinaus in den schmalen Nebenflächen für die Fußgänger in weiten Abschnitten noch wassergebundene Oberflächen auf. Erforderliche Breiten zur Abwicklung der Fußverkehre, insbesondere aus der Schulwegsicherung, sind nicht vorhanden. Die erforderlichen Standards zur Barrierefreiheit sind nicht eingehalten.

### II. Derzeitige Planung (Verwaltungsvorschlag)

Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse hat die Verwaltung eine Vorentwurfsplanung erstellt (Anlage). Im vorliegenden Verwaltungsvorschlag wurde die Querschnittsaufteilung entsprechend den Vorgaben der „Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen“ (RAST 06) übernommen. Durch die verkehrsgerechte Neuordnung des Querschnittes und die dadurch erzielbaren Verbesserungen in den Verkehrsabläufen des fließenden Kfz-Verkehrs reduzieren sich die Schadstoff- und Umweltbeeinträchtigungen wie z. B. Lärm durch eine glattere Fahrbahnoberfläche. Dies entspricht auch den übergeordneten Zielen des Verkehrsentwicklungsplanes 2008 der Landeshauptstadt Kiel (VEP) mit der nachhaltigen Förderung des

Umweltverbundes (ÖPNV, Rad- und Fußverkehr). Für die Fuß- und Radverkehr werden dem Bedarf entsprechend Querschnitte in den Nebenflächen zur Verfügung gestellt.

Um ein schlüssiges Gesamtbild von Straßenbäumen zu erhalten, werden einheitlich neue Baumpflanzungen vorgenommen. Diese sind Bestandteil eines Konzeptes der Neubepflanzung (Ersatzpflanzung) zur Baumaßnahme Ellerbeker Weg, welches zusammen mit dem Grünflächen-, Stadtplanungs- und Umweltschutzamt ausgearbeitet wurde.

Der derzeitige Verlauf der hinteren Gehwegflächen zu den Privatgrundstücken ist durch Sprünge und Versätze in der Linienführung gekennzeichnet. In der vorliegenden Vorentwurfsplanung wurde die Linienführung der Straße bezogen auf die Eigentumsverhältnisse optimiert, so dass in einigen Bereichen die Erweiterung von privaten Vorflächen möglich, in anderen Bereichen punktuell Grunderwerb für den Straßenausbau erforderlich werden würde. Weitere Informationen zur Planung (Verwaltungsvorschlag) können im Internet unter folgender Adresse entnommen werden:

[www.kiel.de/leben/verkehr/projekte/Ellerbeker\\_Weg.php](http://www.kiel.de/leben/verkehr/projekte/Ellerbeker_Weg.php)

### **III. Bisheriges Verfahren**

Die unzureichende Situation (auch bereits vor den Baumaßnahmen von 2014) wurde vom Ortsbeirat in der Vergangenheit mehrfach beklagt.

Die Verwaltung hat als Diskussionsgrundlage für den Ortsbeirat Elmschenhagen/Kroog eine Vorentwurfsplanung (Verwaltungsvorschlag) erstellt. Die Notwendigkeit zur Verbesserung der verkehrlichen Situation wurde im Ortsbeirat mehrfach genannt. Ein Konsens bzw. ein Votum konnte jedoch im Ortsbeirat nicht erreicht werden.

Dem Ortsbeiratstermin nachgelagert erfolgte ein intensiver Austausch zwischen Verwaltung und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Der Schriftwechsel erfolgte teilweise über den Ortsbeirat bzw. der Ortsbeirat wurde in die Schreiben in Kopie mit einbezogen. Darüber hinaus erfolgten diverse Ortstermine.

Eine erneute Beratung der Maßnahme erfolgte im Ortsbeirat am 26.08.2014. Da ein Konsens bzw. Votum über die Maßnahme durch den Ortsbeirat auch weiterhin nicht zu erreichen war, strebt die Verwaltung nunmehr die Durchführung eines förmlichen Planfeststellungsverfahrens an.

### **IV. Weiteres Verfahren**

Um eine gesicherte Planung zur Lösung der unzulänglichen Situation zu erreichen, wird die Verwaltung demnach mit einer überarbeiteten Planung bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde, dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV), die Durchführung eines förmlichen Planfeststellungsverfahrens beantragen.

Im Rahmen der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen durch ein qualifiziertes Ingenieurbüro soll die vorhandene Vorentwurfsplanung (Verwaltungsvorschlag) erneut überprüft werden. Die vom Ortsbeirat und von den Anliegern bisher vorgeschlagenen Änderungen sollen, in Einklang mit den geltenden Richtlinien und Vorschriften, nach Möglichkeit mit übernommen werden.

Die weiteren Informationen und die umfassenden Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen im Rahmen des unabhängigen Planfeststellungsverfahrens. Zweck der Bürger- und Behördenbeteiligung ist, die Planfeststellungsbehörde in die Lage zu versetzen, die betroffenen Belange frühzeitig zu erfassen, sachgerecht bewerten und gegeneinander ggf. abwägen zu können.

In den Sitzungen des Ortsbeirates und Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wurde bereits mehrfach ein Planfeststellungsverfahren gefordert.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.



Peter Todeskino  
Bürgermeister

**Anlage:**

Vorentwurf (Verwaltungsvorschlag) (im Ratsinformationssystem Allris einsehbar)

